

## Slowakei

Kai-Olaf Lang

Zwischen Herbst 2009 und Sommer 2010 prägten zwei Großthemen die Position der Slowakei in der EU: Die kritische Haltung Bratislavas zum Schutzschirm für notleidende Eurozonenmitglieder und zu den spezifischen Griechenland-Hilfen sowie die Spannungen im Verhältnis zu Ungarn. Beide Problemkomplexe standen in engem Zusammenhang mit den Parlamentswahlen vom Juni 2010. Diese brachten einen Regierungswechsel von der linksnationalen Koalition um Premier Robert Fico zu einem Mitte-Rechts-Bündnis um die neue Ministerpräsidentin Iveta Radicová. Während die von der Slowakei verweigerte Beteiligung am Griechenland-Paket sich erst mit dem Übergang zur neuen Regierung zuspitzte, ergaben sich für die bilateralen Beziehungen zu Ungarn im Kontext der neuen Koalition Chancen auf mehr Pragmatik. Gleichzeitig engagierte sich die Slowakei in langfristigen Schwerpunktfeldern ihres europapolitischen Handelns so etwa in der europäischen Energiepolitik, der Westbalkanpolitik oder der Ost- und Russlandpolitik.

### Von Fico zu Radicová

Spätestens seit Herbst 2009 lief in der Slowakei der Wahlkampf für die am 12. Juni 2010 fällige Neubestimmung des Parlaments. Der amtierende Regierungschef Robert Fico konnte den Wahlen optimistisch entgegensehen. Seine Partei Smer-SD (Die Richtung-Sozialdemokratie) führte in den Umfragen stabil und unangefochten. Nachdem die Smer bereits bei den Wahlen zum Europäischen Parlament obsiegt hatte, ging sie auch aus den Regionalwahlen vom Spätherbst 2009 als eindeutig stärkste Kraft hervor. Dass die dominante Regierungspartei so gut dastand, war an sich schon ein beachtlicher Erfolg. Denn auch die Slowakei bekam die Wirtschafts- und Finanzkrise zu spüren: Die Wirtschaft schrumpfte 2009 gegenüber dem Vorjahr um 4,7% (2008 war noch ein sattes Wachstum von 6,2% zu verbuchen gewesen), die Arbeitslosenquote kletterte auf über 12% und das Defizit des Staatshaushalts belief sich auf fast 7% des Bruttoinlandsprodukts.<sup>1</sup> Ficos Strategie ging angesichts dessen in drei Richtungen. Erstens wälzte er unangenehme Korruptionsskandale auf die Koalitionspartner ab, die radikale Slowakische Nationalpartei (SNS) und die Volkspartei-Bewegung für eine Demokratische Slowakei (LS-HZDS). Charakteristisch war das Schicksal des von der SNS kontrollierten und in mehrere Affären verwickelten Umweltministeriums, das letztlich von Fico aufgelöst wurde. Zweitens akzentuierte er das „patriotische“ Profil der Smer-SD, indem eine slowakische Geschichtspolitik propagiert<sup>2</sup> und Entschlossenheit gegen „großungarische“ Tendenzen demonstriert wurde. Die nationalistischen Töne aus Budapest waren für Fico (wie auch die SNS) eine willkommene Steilvorlage. Denn der dortige Wahlkampf, der Wahlsieg des konservativen Fidesz

---

1 Unicredit, CEE Quarterly, Drittes Quartal 2010, [http://www.bankaustria.at/informationpdfs/CEE-QU\\_3-10.pdf](http://www.bankaustria.at/informationpdfs/CEE-QU_3-10.pdf).

2 Höhepunkt während des Wahlkampfs war die medienwirksame Aufstellung einer Reiterstatue des „Königs“ Svätopluk, eines Herrschers des Großmährischen Reiches im 9. Jhd. in der Burg von Bratislava (einige slowakische Historiker bestreiten, dass Svätopluk je den Rang eines Königs besaß).

und der Vormarsch der ultranationalen Jobbik sowie erste Schritte der neuen Regierung Orbán (insbesondere das rasch durchgesetzte Gesetz über die Verleihung der ungarischen Staatsbürgerschaft an Konnationale oder das offizielle Gedenken an den Friedensschluss von Trianon) erleichterten es den Hardlinern in Bratislava, die Gefahr eines ungarischen Revanchismus an die Wand zu malen. Schließlich attackierte Fico die Opposition nicht nur ob ihres angeblich wirtschaftsliberalen Ansatzes, sondern auch wegen der Verstrickung in Bestechungspraktiken zu Zeiten als diese noch regierte. Ex-Premier Dzurinda, der zu einer der wichtigsten Zielscheiben der Smer wurde, verzichtete daher darauf, als Spitzenkandidat seiner Christlichen und Demokratischen Union (SDKÚ-DS) anzutreten.

Dennoch scheiterte Fico. Ein Grund hierfür war gerade das effiziente Ausgreifen der Smer in das Elektorat ihrer Koalitionspartner. Dieses verbürgte der Smer zwar einen Zuwachs von fünf Prozentpunkten (Smer kam auf fast 35% der Stimmen), doch grub sie mit diesem „elektoralen Kannibalismus“<sup>3</sup> SNS und LS-HZDS, ihren prospektiven alten Verbündeten, das Wasser ab: die Nationalpartei kam mit Einbußen gegenüber 2006 knapp ins Parlament, die LS-HZDS scheiterte an der 5%-Hürde.<sup>4</sup> Zugleich agierte die Opposition im Wahlkampf geschickt.<sup>5</sup> Mit Iveta Radicová, einer früheren Arbeits- und Sozialministerin, die sich 2009 um das Amt des Staatspräsidenten bemüht hatte, portierte die wichtigste Oppositionspartei, die SDKÚ-DS, an Stelle des kontroversen Dzurinda eine valable Kandidatin für das Amt des Regierungschefs. Radicová betonte soziale Themen und korrigierte somit das Image der SDKÚ-DS, die als Partei des Marktdogmatismus und der Flat-Tax galt. Überdies hatte sich mit der neu gegründeten liberal inspirierten Protestpartei Freiheit und Solidarität (SaS) eine unbelastete Alternative im Oppositionslager gebildet, der sich Wähler zuwandten, die weder mit Smer noch den etablierten Konservativen oder Christdemokraten (der KDH) zufrieden waren. Die Spaltung der ungarischen Parteien und die Niederlage der bis dahin einzigen Gruppierung der ungarischen Minderheit, der SMK, wurden aus Sicht der Opposition dadurch abgemildert, dass die neue, in ihrer Ausrichtung gemäßigte Most-Híd (Die Brücke) den Sprung in die Legislative schaffte. In der Endabrechnung ergab sich somit eine unerwartete Mehrheit (von 79 der 150 Parlamentssitze) für eine von Radicová geführte Mitte-Rechts-Koalition aus SDKÚ-DS, KDH, SaS und Most-Híd.

### **Slowakische Prioritäten in der GASP: Westbalkan, Östliche Partnerschaft und Russland**

Der Westliche Balkan und die östliche Nachbarschaft der EU sind die beiden außenpolitischen Schwerpunkte der Slowakei.<sup>6</sup> Dementsprechend setzte sich die Slowakei auch

---

3 Grigorij Mesežnikov, *Parlamentné volby na Slovensku 2010: výsledky a kontext*, 29.6.2010, [www.boell.cz](http://www.boell.cz).

4 Die SNS war allerdings zu diesem Zeitpunkt nicht mehr ein Bündnispartner der ersten Wahl, schon in den Regionalwahlen hatte man Koalitionen mit der LS-HZDS den Vorzug gegeben und im Wahlkampf wurden andere Bündnisse erwogen. Die Distanzierung von der SNS ermöglichte der Smer auch die definitive Rückkehr in die Strukturen der europäischen Sozialdemokratie. Allerdings hätten eine starke SNS und LS-HZDS die Verhandlungsposition der Smer nach den Wahlen verbessert.

5 Generell zu Wahlkampf und Wahlausgang Karen Henderson, *Europe and the Slovak Parliamentary Election of June 2010*, EPERN Election Briefings, No. 58, [http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/no\\_58\\_epernslovakia2010.pdf](http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/no_58_epernslovakia2010.pdf).

6 Mikuláš Dzurinda, Außenminister in der Regierung Radicová, hob dies explizit hervor. Als kleines Land könne die Slowakei nicht so viele Prioritäten wie die USA oder Deutschland haben und müsse sich daher auf den Westbalkan, die Östliche Partnerschaft und Russland konzentrieren. Dzurinda: *Nepovedal som, že SR nikdy neuzná Kosovo*, Meldung der Nachrichtenagentur SITA, 22.9.2010.

2009 und 2010 ungebrochen für die Konkretisierung der europäischen, aber auch der transatlantischen Perspektive für die Staaten Ex-Jugoslawiens und Albien ein. Dabei sollen EU und NATO der Devise folgen, „zunächst stabilisieren, aber mit der Aussicht auf Integration“.<sup>7</sup> In diesem Kontext begrüßte die Slowakei die Aufhebung der Visumpflicht für Serbien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina, setzte sich aber gleichzeitig dafür ein, auch Albanien und Mazedonien rasch von der „schwarzen Liste“ der EU zu nehmen. Auch die Regierung Radicová will diesen Kurs beibehalten. Parallel zu den Aktivitäten auf EU-Ebene vertiefte die Slowakei ihre bilaterale Zusammenarbeit. Hierbei stand Serbien an oberster Stelle, aber durch hochrangige Besuche, die Eröffnung neuer diplomatischer Vertretungen (Albanien, Mazedonien, Montenegro) und Maßnahmen der slowakischen Entwicklungshilfe (SlovakAid) wurden auch die Beziehungen zu anderen Ländern in der Region hervorgehoben.

Unnachgiebig positionierte sich die Slowakei weiterhin in der Kosovo-Frage. Auch nach dem Verdikt des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag, der die Unabhängigkeit der früheren serbischen Provinz für völkerrechtskompatibel erachtete, blieb Bratislava dabei, die abtrünnige Region nicht diplomatisch anzuerkennen. Mikulaš Dzurinda (in der Regierung Radicová Außenminister) erklärte, der Status des Kosovo könne nur gelöst werden, wenn sich alle beteiligten Parteien einvernehmlich einigen bzw. ein Beschluss des UN-Sicherheitsrats gefasst werde.<sup>8</sup>

Mit Blick auf die Östliche Partnerschaft sieht sich die Slowakei als „Kommunikator, Mediator und ehrlicher Makler“, der überdies seine Erfahrungen mit der wirtschaftlichen und politischen Transformation sowie der Erlangung eigener Staatlichkeit weitergeben möchte.<sup>9</sup> Während die Slowakei gerade 2009 und 2010 ihre Kontakte zu allen Länder der Östlichen Partnerschaft pflegte und namentlich die Beziehungen zu Moldova ausbaute,<sup>10</sup> blieb die Ukraine aus Sicht der Slowakei ein Schlüsselland jenseits der EU-Ostgrenzen. Trotz anhaltenden Engagements zugunsten des Nachbarlandes (die Slowakei will sich nach Worten ihres Botschafters in der Ukraine vor allem beim institution building betätigen, um so die Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen besser voranzubringen bzw. später dessen Bestimmungen umzusetzen)<sup>11</sup> bestand aber nach wie vor beachtliche Kritik am Verhalten Kiews. Hierbei geht es nicht nur um innen- und wirtschaftspolitische Unwägbarkeiten, sondern insbesondere um die Folgen des russisch-ukrainischen Gasstreits von Anfang 2009. Diesen hatte die Slowakei mit voller Härte zu spüren bekommen. Der Ukraine wird in diesem Zusammenhang mangelnde „Empathie“ vorgeworfen, da Kiew seinen Konflikt mit Moskau ohne Rücksicht auf die Konsequenzen für die Slowakei ausgetragen habe.<sup>12</sup>

Weiterhin unterstrich die Slowakei die Beziehungen zu Russland. Nicht zuletzt Staatspräsident Gašparovic und Premier Fico waren Sachwalter engerer Kontakte etwa im

7 So Außenminister Lajčák; Lajčák: *Od stability Balkánu závisí aj naša stabilita*, in: *Sme*, 6.10.2009.

8 Dzurinda: *Aj tak Kosovo neuznáme*, *Sme*, 22.7.2010.

9 Speech by Minister of Foreign Affairs of the Slovak Republic Mr Miroslav Lajčák at the School of Advanced International Studies (SAIS) of Johns Hopkins University on „Central and Eastern Europe Two Decades after the Collapse of Communism“, Washington, 29. April 2010.

10 So ist Moldova ein Programmland der slowakischen Entwicklungshilfe. Auch schloss sich die Slowakei der neu gegründeten Brüsseler Gruppe der Freunde von Moldova an.

11 Pavol Hamžik, *Kľúčovými pre Východné partnerstvo budú roky 2010 a 2011*, in: *Výročná správa Ministerstva zahraničných vecí Slovenskej republiky. Zahraničná politika v roku 2009*, Bratislava, 2010, S. 40f.

12 So Milan Rusnok, der Sonderbeauftragte des slowakischen Außenministeriums für Energiesicherheit, Ukraine und die Zusammenarbeit mit der EU, *Slovensko plynová kríza*, Euractiv.sk, 2.10.2009.

Bereich wirtschaftlicher Kooperation. Während eines Besuchs des russischen Staatsoberhauptes im April 2010 (anlässlich des 65. Jahrestags der Befreiung Bratislavas) gaben beide Präsidenten eine gemeinsame Erklärung heraus, die u.a. betonte, dass die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs nicht in Zweifel gezogen werden dürfen (ein klarer Hinweis auf Forderungen aus Ungarn, die Beneš-Dekrete zu revidieren). Von Russland wurden die Offerten Bratislavas positiv aufgenommen und die Slowakei als „privilegierter Partner“ und „Tor nach Europa“ bezeichnet.<sup>13</sup> Ungeachtet dieses pragmatischen Ansatzes wurden vereinzelt Zweifel und Fragen in Richtung Russland bei Themen wie Energiesicherheit oder europäische Sicherheitsordnung artikuliert.<sup>14</sup>

### **Ratifizierung des Lissabon-Vertrags**

Die Slowakei hatte den Lissabon-Vertrag bereits 2008 ratifiziert. Dennoch meldete sich die slowakische Regierung im Herbst 2009 im Zusammenhang mit dem Ratifikationsprozess in der Tschechischen Republik nochmals zu Wort. Der tschechische Präsident Klaus hatte seine Zustimmung zum Vertrag davon abhängig gemacht, dass seinem Land eine zusätzliche Garantie verbrieft würde, die eine effektive Abwehr möglicher Ansprüche deutscher Heimatvertriebener gegen die Tschechische Republik sichert. Daher hatte der Europäische Rat der Tschechischen Republik eine Klausel zugestanden, derzufolge die Grundrechtecharta nicht als Rechtsgrundlage für eventuelle Klagen von Vertriebenen fungieren kann. Robert Fico hatte vor diesem Hintergrund eine entsprechende Regelung für die Slowakei gefordert und angekündigt, andernfalls die Ausnahmebestimmungen für die Tschechische Republik blockieren zu wollen. Allerdings lenkte die slowakische Regierung rasch ein. Robert Fico erklärte hierbei, man wolle den slowakischen Bürgern die Grundrechtecharta nicht vorenthalten und gebe sich mit Formulierungen zufrieden, die feststellen, dass weder ein politischer noch ein rechtlicher Zusammenhang zwischen Grundrechtecharta, Lissabon-Vertrag und Beneš-Dekreten bestehe.<sup>15</sup>

### **Die Slowakei und die Griechenland-Hilfen**

Das zentrale Thema für die Europapolitik der Slowakei war im Jahr 2010 der Streit um das EU-Hilfspaket für Griechenland. Die Regierung Fico hatte sowohl dem Eurozonen-Schutzschirm und den bilateralen Stützungsmaßnahmen für Griechenland zugestimmt, überließ jedoch die Zustimmung zu diesen Paketen dem neuen Parlament. Denn die Diskussion um die Eurozonen-Stabilisierung fiel in die heiße Phase des slowakischen Wahlkampfes – und angesichts der innenpolitischen Brisanz der Problematik, wollte Fico nicht als derjenige gelten, der die umstrittenen Hilfen durchsetzte. Sowohl die Opposition als auch Ficos Koalitionspartner (vor allem die SNS) wandten sich nämlich dagegen, dass der „arme“ Eurozonen-Staat Slowakei dem „wohlhabenden“, doch finanzpolitisch undisziplinierten Griechenland bzw. eventuellen anderen Mitgliedern durch Bail Outs aus der Krise hilft. Die neue Regierung trat dann entschlossen auf. Es könne keine „Solidarität der

---

13 So Russlands Präsident Medvedev, *Rusi v nás našli bránu do Európy*, *Hospodárske noviny*, 8.4.2010.

14 Hierzu gehörte auch Außenminister Lajčák, der in einer Rede im Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen sensitive Themen ansprach; *Vystúpenie ministra zahraničných vecí SR M. Lajčáka na Moskovskom štátnom inštitúte medzinárodných vzťahov (MGIMO)*, „Vtazhy Ruska a Európskej únie z pohadu a skúseností Slovenska“, 8.9.2009.

15 Slovensko nebude žiadať výnimku z Charty základných práv, povedal Fico, Meldung der Nachrichtenagentur SITA, 29.10.2009; Klaus gets opt-out, *EuropeanVoice*, 29.10.2009.

Armen mit den Reichen, der Verantwortungsvollen mit den Verantwortungslosen und der Steuerzahler mit Bankeigentümern und –managern“ geben, begründete Außenminister Mikloš die ablehnende Haltung seiner Regierung.<sup>16</sup> Zwar drehte man bei der allgemeineren Finanziellen Stabilisierungsfazilität (EFSF) bei, doch verweigerte das slowakische Parlament den Griechenland-Hilfen die Zustimmung.<sup>17</sup>

Für dieses Verhalten erntete die Regierung Radicová heftige Kritik, Währungskommissar Rehn warf der Slowakei einen Solidaritätsbruch in der Eurozone vor. Die Premierministerin konterte jedoch und sprach „nicht gewählten Beamten“ das Recht ab, die Entscheidungen einer demokratisch gewählten Regierung anzuprangern.<sup>18</sup> Während man insgeheim der Haltung Bratislavas in vielen Hauptstädten der „nördlichen“ EU eine gewisse Sympathie entgegenbracht haben dürfte, erlitt die Slowakei zunächst einmal einen herben Rückschlag in der EU-weiten Wahrnehmung. Als Mitgliedstaat, der einen Schlüsselmechanismus zur Festigung der Eurozone nicht mittrug, gilt das Land als partikularistisch und muss in der nächsten Zeit viel Arbeit investieren, um seine Positionen zu erklären und eigenen Vorhaben mehr Erfolgchancen zu geben.

### Slowakisch-ungarische Spannungen

Im Verhältnis zu Ungarn ergaben sich weiterhin ernste Verstimmungen, die durch die beinahe gleichzeitig abgehaltenen Parlamentswahlkämpfe intensiviert wurden. Neben dem im Sommer 2009 verabschiedeten slowakischen Sprachengesetz (das auch nach der Formulierung konkreter Umsetzungsrichtlinien durch die Regierung Fico von Budapest kritisiert wurde) war es vor allem die von der Regierung Orbán umgesetzte Änderung des ungarischen Staatsangehörigkeitsrechts, die für Konflikte sorgte. Die unmittelbar nach dem Machtwechsel in Budapest vollzogene Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft für Auslandsungarn in den Nachbarstaaten – und damit auch für die Angehörigen der 500.000 Menschen zählenden ungarischen Minderheit in der Slowakei – wurde in der Slowakei äußerst negativ aufgenommen. Unter anderem wurden extraterritoriale Folgen des ungarischen Rechtsaktes und eine Verletzung bilateral und multilateral festgelegter Konsultationspflichten moniert.<sup>19</sup> Robert Fico berief im Zusammenhang mit der Verabschiedung des ungarischen Staatsbürgerschaftsgesetzes u.a. den Nationalen Sicherheitsrat ein. Als Antwort auf den ungarischen Schritt beschloss das slowakische Parlament ein „Gegengesetz“, das den Verlust der slowakischen Staatsbürgerschaft bei Erhalt eines fremden Passes vorsieht. Weiteres Öl geriet ins Feuer, als das ungarische Parlament den 4. Juni, also den Jahrestag des Friedensschlusses von Trianon, infolge dessen große ungarische Gemeinschaften außerhalb der ungarischen Staatsgrenzen verblieben, zum „Tag des nationalen Zusammenhalts“ erklärte. Erst nach den slowakischen Wahlen trat eine gewisse Beruhigung ein. Der Umstand, dass in der neuen slowakischen Regierung mit Híd-Most nach vier Jahren wieder eine ungarisch geprägte Partei vertreten ist, trug ebenso hierzu bei, wie Abmilderungen bei der Implementation des Sprachengesetzes.

16 Radicová čaká od Európy rešpekt, Meldung der Nachrichtenagenturen SITA, TASR 12.8.2010, [www.pluska.sk](http://www.pluska.sk).

17 Bis auf einen christdemokratischen Abgeordneten stimmten alle Vertreter der Regierungsparteien dagegen. Die Abgeordneten von Smer-SD enthielten sich.

18 Radicová dala EÚ výstrahu, Hospodárske noviny, 27.8.2010, [www.hnonline.sk](http://www.hnonline.sk).

19 Vgl. Uznesenie Národnej rady Slovenskej republiky z 25. mája 2010 k návrhu novelizácie zákona o štátnom občianstve, o ktorom rokuje Národné zhromaždenie Madarskej republiky, Národná rada Slovenskej republiky.

### **Fazit**

Die Periode zwischen Herbst 2009 und Sommer 2010 verdeutlichte, dass die Europapolitik der Slowakei anfällig ist für innenpolitisch bedingte Friktionen. Das slowakische Votum bei den Griechenland-Hilfen war nicht ausschließlich, aber stark von parteipolitischen Erwägungen bestimmt. Auch die Positionierung bei der Anerkennung des Kosovo hat eine Slowakei-interne Komponente. In Erinnerung ist überdies noch die Ratifizierung des Lissabon-Vertrags, als die meisten der damaligen Oppositionsparteien zwecks Blockade einer von der Regierung Fico durchgesetzten Novelle des Pressegesetzes die Billigung des Vertragswerks verweigerten. Hierdurch hat das Image des Landes gelitten, das in den Jahren zuvor aufgrund entschlossener Reformen und rascher Euro-Übernahme als erfolgreicher und europapolitisch pragmatischer Tatra-Tiger galt. Das Label des Solidaritäts-Brechers wird die Regierung Radicová durch konsequentes Erläutern ihres Solidaritätsverständnisses, das sich an einer stabilitätsorientierten europäischen Finanzkultur orientiert, abzuschütteln versuchen. In dieser Situation dürfte die Visegrád-Gruppe bzw. der seit Juli 2010 dort ausgeübte slowakische Vorsitz ein wichtiges Instrument sein, über das die Slowakei auch ihre europapolitischen Interessen durchzusetzen versucht und insbesondere zu Ungarn und Polen Kontakt hält, die die EU-Ratspräsidentschaften im Jahr 2011 ausüben werden.

### **Weiterführende Literatur**

- Vladimir Bilcik: Slovakia and the European Union in the Year of Institutional Changes, in: Research Center of the Slovak Foreign Policy Association, Yearbook of Slovakia's Foreign Policy 2009, Bratislava, 2010, S. 21-34.
- Juraj Marusiak: Slovakia and the Eastern Partnership, in: Research Center of the Slovak Foreign Policy Association, Yearbook of Slovakia's Foreign Policy 2009, Bratislava, 2010, S. 133-160.
- Bútorá Martin/Bilcík Vladimír/Strážay Tomáš/Tarasovic Vladimír: Foreign Policy. The Year of Anniversaries and Challenges, in: Martin Bútorá u.a. (Hrsg.): Slovakia 2009. Trends in Quality of Democracy, Bratislava, 2010.